



## Bangladesch: Mohammed-Karikaturist verhaftet



Eine [Zeitschrift in Bangladesch](#) ist wegen der Publikation einer Mohammed-Karikatur vorerst eingestellt worden. Die Zeichnung im wöchentlichen Satire-Heft *Alpin* zeigt einen Jungen, der seine Katze als „Mohammed Katze“ bezeichnet. Mehrere muslimische Gruppen [demonstrierten am Freitag gegen die Karikatur](#), weil sie den Propheten lächerlich mache. Sie skandierten: „Tod dem Herausgeber – hängt den Zeichner!“

Die Karikatur, die am 17. September erschienen ist, macht im geschriebenen Text (jedoch nicht im Bild) Anspielungen auf Mohammed.

In der Karikatur wird ein kleiner Junge von einem Mann daran erinnert, dass es in der islamischen Kultur üblich ist, „Mohammed“ vor dem Namen zu nennen. Der Junge sagt dann, eine Katze sei die „Mohammed Katze“. Achtung: Er sagt nicht, die Katze sei Mohammed, er macht nur einen Scherz darüber, dass im Islam „Mohammed“ vor den Namen genannt wird.

Der [Karikaturist Arifur Rahman wurde festgenommen](#) und die Ausgaben des Magazins *Alpin* von der Polizei beschlagnahmt. Die

Bangladesch-Karikaturen folgen auf die, die dieses Jahr in Schweden und 2005 in Dänemark veröffentlicht wurden. Bangladesh ist mit einer Bevölkerung von 144 Mio der drittgrößte muslimische Staat.

Hier die Zeichnung, um die es geht:

# নাম

আরিফুর রহমান





# EU-Kommission garantiert Moscheebauten



Die EU meint es gut mit uns. Deshalb gibt es zahlreiche Kommissionen, die mit vielen Steuermitteln für den reibungslosen Ablauf unseres Lebens sorgen. Die Krümmung von Bananen wird ebenso geregelt wie die Größe von Tomaten. Jetzt hat die „Kommission gegen Rassismus und Intoleranz“ (ECRI) den europäischen Ureinwohnern zusätzlich auch Moscheebauten verordnet.

Die Muslime müssen ihre Religion ausleben können. Daher haben die Mitgliedstaaten ihre Bevölkerung im Zaum zu halten und gegen die Mehrheit tätig zu werden.

So heißt es bei ECRI, in der [„Politischen Empfehlung zur Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung gegenüber Muslimen“](#) für die Regierungen der Mitgliedstaaten, in denen moslemische Gemeinschaften angesiedelt sind und in einer Minderheitssituation leben, unter anderem auf Seite 5:

*die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, damit die freie Religionsausübung voll und ganz garantiert wird; in diesem Zusammenhang sollten insbesondere unnötige rechtliche oder administrative Hindernisse für den BAU einer ausreichenden Zahl von Gebetshäusern zur Ausübung des Islam und für seine Bestattungsriten abgeschafft werden.*

zum Schluss, Seite 6, heißt es dann:

*dafür Sorge zu tragen, dass die Wirksamkeit aller Maßnahmen zur Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung gegen Muslime überwacht und bewertet wird.*

(Spürnase: J.S. [BDB](#))



## Ein Foto, das uns auffiel

☒ Der [Photograph Dean Shaddock](#) schreibt dazu: Aufnehmen konnte ich dieses Foto, als ich meine Sachen bei der Flughafensicherheit (Detroit Metro Terminal A) abholte. Ist es ein Ausdruck von blinder Gerechtigkeit, wenn eine ältere katholische Nonne von einer moslemischen Sicherheitsbeamtin untersucht wird? Oder einfach nur das Eingeständnis eines absurden Zustandes?

---



# Papst Benedikt: Recht auf Religionswechsel

☒ Papst Benedikt XVI. hat am 20.09.2007 in Rom eine Rede ‘in Verteidigung der religiösen Freiheiten’ gehalten. Den deutschen Medien war diese Rede, obwohl wieder mit aktuellem Islambezug und deshalb mit jeder Menge Sprengstoff versehen, bisher noch nicht einmal eine Randnotiz wert. Wahrscheinlich ist man in den Redaktionsstuben noch am entscheiden, ob der Papst jetzt zu den Guten oder Bösen (rechtsradikal, rechtspopulistisch etc ...) gehört.

In der britischen [Daily Mail](#) fanden wir diesen Artikel und haben ihn für unsere Leser übersetzt.

*Der Papst hat, indem er den dortigen Umgang mit den Christen kritisiert, wieder einmal riskiert, die Wut der islamischen Welt zu provozieren. Benedikt XVI griff moslemische Nationen an, in denen Christen entweder hingerichtet oder aber lediglich einen minderwertigen Bürgerstatus unter Sharia Recht besitzen. Er verteidigte ebenfalls das Recht, als Moslem zum Christentum zu konvertieren, eine Handlung welche in vielen islamischen Ländern mit dem Tode bedroht wird.*

*Seine Bemerkungen fielen fast genau ein Jahr, nachdem er eine Welle der Wut unter Moslems hervorgerufen hatte, indem er einen byzantinischen Kaiser, der den Islam mit Gewalt in Verbindung gebracht hatte, zitierte.*

*Gestern hielt der 80-jährige Pontifex in der Nähe von Rom*

eine Rede in "Verteidigung der religiösen Freiheit", welche wie er sagte, "ein fundamentales, nicht unterdrückbares, unverzichtbares und unverletzliches Recht" darstellt. In einem deutlichen Bezug auf den Islam sagte er: "Die Ausübung dieses Rechtes beinhaltet ebenfalls das Recht zum Wechsel der Religion, welches nicht nur gesetzlich sondern auch im täglichen Leben garantiert werden sollte."

In Bezug auf das Problem des islamischen Extremismus fügte er hinzu: "Terrorismus ist ein ernstes Problem mit Tätern, die oft behaupten, im Namen Gottes zu handeln und doch eine unentschuldbare Verachtung für das menschliche Leben haben".

Letzten September hatten radikale britische Moslems die Hinrichtung von Papst Benedikt gefordert, weil er den Propheten 'beleidigt' hätte. Im gesamten Nahen Osten und in Afrika wurden Christen in Folge dessen Opfer von Gewaltausbrüchen.

Seine jüngsten Bemerkungen fielen nur einige Tage nachdem einer der hochrangigen Bischöfe der Kirche von England moslemische Führer aufgerufen hatte, sich in Verteidigung des Rechts auf Religionswechsel auszusprechen. Der Bischof von Rochester, Michael Nazir-Ali, beschrieb gegenüber 'Dispatches' auf Kanal 4 seine Angst um die Sicherheit der geschätzten 3000 Moslems, die sich in diesem Land für einen anderen Glauben entschieden hatten.

In einer früheren Umfrage unter mehr als 1000 jungen britischen Moslems hatten sich mehr als 36 Prozent dafür ausgesprochen, Konvertiten mit dem Tod zu bestrafen. (...).

---

# Köln: Neues Grundrecht gefunden



Es gibt ein Grundrecht auf Familienzusammenführung. Und: die Kurden können auch keinen ordentlichen Krawall mehr machen. Das sind die beiden Erkenntnisse vom Besuch einer eher enttäuschenden Kurdendemonstration in Köln am heutigen Nachmittag. Von dem Grundrecht wussten wir noch nichts. Vielleicht ist es gegen das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung eingetauscht worden, das wir [letzte Woche in Brüssel](#) nicht finden konnten?

Nur rund 60 Demonstranten hatten sich, trotz mehrsprachigem [Aufruf auf mehreren Mülltonnen](#) zusammengefunden, um die sofortige Aufhebung des „Rassistischen, Diskriminierenden Zuwanderungsgesetz“ zu fordern. Überwiegend Kurden, die dem Aufruf der kommunistischen „AGIF“ gefolgt waren. „Föderation der Arbeitsimmigranten aus der Türkei in BRD“, wie man sich etwas irreführend auf Deutsch nennt. Da die Immigranten vor lauter Arbeit bisher keine Zeit hatten, die Sprache des Gastlandes zu erlernen, dessen Gesetze sie gerne bestimmen würden, hatte man die wohlbekannt weibliche Klagestimme der Kölner Antifa gebucht, um auch den Einheimischen verständlich



zu machen, was sie für Rassisten sind.

Der Vorwurf: Das neue Zuwanderungsgesetz sei rassistisch und diskriminierend, weil es das angebliche Grundrecht auf Familienzusammenführung einschränke und davon abhängig mache, dass die zusammengeführte Familie auch ernährt werden könne. Das gelte aber nur für Zuwanderer aus der Türkei. Und nicht z.B. für Zuwanderer aus den USA.

Bedingt durch das Sprachproblem, es befanden sich zahlreiche bereits erfolgreich zusammengeführte Familien unter den Demonstranten, wollten die von der Antifaträne angestimmten Sprechchöre auf deutsch nicht so recht zünden. Besser ging es mit den kurdischen, wobei auffiel, dass dort unüberhörbar immer wieder das Wort „Kurdistan“ fiel. In den deutschen Texten kam das nicht vor. Die Kartoffeln müssen nicht alles wissen, was man sich so erzählt.

Der Umzug endete sinnigerweise vor dem Kölner Dom. Welche faschistischen Organisationen es, wie auf dem Hakenkreuzbanner gefordert, im einzelnen zu zerschlagen gilt, wurde nicht so recht klar. Vermutlich der deutsche Bundestag und der Bundesrat. Das waren jedenfalls die einzigen Institutionen, die namentlich kritisiert wurden, weil sie das „Rassistische, Diskriminierende Zuwanderungsgesetz“ beschlossen haben. Obwohl die Arbeitsmigranten doch dagegen sind. Vertreten durch die „Föderation der Arbeitsimmigranten aus der Türkei in BRD“.

---

## Das Kopftuch beim Handball

☒ Da will man sich etwas ablenken, [liest den Sportteil](#). Normalerweise ein Garant für Entspannung und unpolitische Minuten. Nicht so dieses mal. Bei einem Bericht über Handball

wurden wir über den Streit um ein Stück Stoff aufmerksam. Sensibilisiert wussten wir sofort, um welches 'Stück Stoff' es geht: das Kopftuch.

*Die moslemische Spielerin Iman Kashke wurde vom Spiel ausgeschlossen, weil sie dieses Stück Stoff trug. Ihre Trainerin, Angela Streich, findet die Entscheidung „unmöglich“.*

*Der Schiedsrichter habe kein Feingefühl gezeigt und Iman vor den Kopf gestoßen. Sie hätten sich lange überlegt, welche Kopfbedeckung ihre Spielerin tragen könne.*

*„Im Grunde genommen ist das wie ein Stirnband, nur dass es am Wirbel auch geschlossen ist“, sagt sie. Das Band habe keine Klammern und lasse den Hals frei. „Es gibt absolut keinen Grund, dass sie nicht mitspielen darf.“*

Ist es nur einfache dhimmihafte Dummheit oder steckt da mehr dahinter? Im Grunde genommen?

Der Schiedsrichter wurde ausgebuht, der Deutsche Handballverband muss jetzt Regeln zum Spielen mit oder ohne Kopftuch erlassen. In der [Westdeutschen Zeitung \(WZ\)](#) fanden wir mehr:

*Ohne die Kopfbedeckung will Kashke nicht spielen. Umstritten bei der Diskussion ist, ob von dem Stück Stoff eine Verletzungsgefahr ausgeht. Im Regelwerk findet sich kein eindeutiges Verbot von Kopfbedeckungen wie sie Kashke trägt. Inzwischen beschäftigt der Fall die Internationale Handball-Föderation (IHF). Laut Hans Thomas, Schiedsrichterwart des Deutschen Handball Bundes (DHB), will die IHF am morgigen Freitag eine Entscheidung verkünden. Die IHF-Schiedsrichterkommission mit dem amerikanischen Vorsitzenden und einem Kommissionsmitglied aus Deutschland haben dann möglicherweise über einen Präzedenzfall im internationalen Handball entschieden.*

Iman Kashke ist 15 Jahre alt.

PS: Auf dem Poster der jungen Demonstranten steht: „Mit dem Kopftuch verschleiern wir unseren Kopf, nicht unser Gehirn!“  
Und dazu gibt es von uns keinen Kommentar.

---

# Das Lied von den Leichensäcken

Die palästinensische Hamasregierung hat das Weltkulturerbe mit einem Videoclip auf Hebräisch bereichert, das sie „der arabischen und palästinensischen Gemeinde in Schweden“ widmet.

Der Text des Videoclips im Al-Aksa TV der Hamas spricht für sich:

*„Hamas, Hamas, Hamas – ist mein Augapfel ...  
Jede Minute ein Bombenanschlag ...  
In Leichensäcken, Körperstücke von Juden ...“*

Im Hintergrund werden dazu in die Luft gesprengte israelische Buspassagiere gezeigt und auf israelische Orte abgefeuerte Raketen.

Die älteren Jahrgänge werden zunächst an

*„Erst wenn das Judenblut vom Messer spritzt, dann ist uns wieder gut“*

im bekannten Nazi-Lied erinnert werden, aber das ideologische Fundament des Hamas-Videoclips bildet u.a. Artikel 7 der [Hamas-Satzung](#):

*„ ... Der Prophet – Andacht und Frieden Allahs sei mit ihm, – erklärte: Die Zeit wird nicht anbrechen, bevor nicht die Muslime die Juden bekämpfen und sie töten; bevor sich nicht die Juden hinter Felsen und Bäumen verstecken, welche ausrufen: Oh Muslim! Da ist ein Jude, der sich hinter mir versteckt; komm und töte ihn! (...)“.*

Übrigens widerlegt der Hamas-Videoclip unbeabsichtigt die fixe Idee westlicher Gutmenschen über die humanitäre Katastrophe im Gazastreifen in Hamastan. Zu sehen sind nämlich ausschließlich gut genährte, gut gelaunte, gut gekleidete und nicht zuletzt dank der üppigen EU-Gelder auch bis an die Zähne bewaffnete islamische Kulturbereicherer, darunter auch zahlreiche bewaffnete Schulanfänger in Kampfuniform.

(Gastbeitrag von [Daniel Katz](#))

---



## **In Hausen weht jetzt die Fahne des Iran**

☒ Gestern, Freitag, war wieder Massenandrang beim Freitagsgebet in der sunnitischen Moschee Ecke Praunheimer Landstraße. Das Freitagsgebet begann nach Sonnenuntergang und noch um Mitternacht war der Bürgersteig in Alt-Hausen durch ca. zwei Dutzend Autos bis an die Hausränder zugeparkt. Fußgänger ab auf die Straße.

Aber das ist nicht das Schlimmste, sondern die Tatsache, dass man in Hausen mittlerweile Stunden auf der Straße verbringen kann, ohne auch nur einen einzigen Deutschen (Ur-Deutsche sowie auch deutsche Griechen, Spanier, Italiener) zu sehen. Alles was man sieht sind Kopftücher, 6-jährige Kinder mit Kopftüchern, vollverschleierte Damen sowie Herren im Leinensack und Sandalen.

Was man jetzt aber nach der [Ortsbeiratssitzung](#) sehen kann, hat mir den absoluten Rest gegeben und straft die Lügen, die nicht kapieren wollen, dass der Islam eine politische Ideologie mit Herrschaftsanspruch ist: Es weht keine deutsche Fahne mehr in Hausen, die letzte deutsche Fahne wurde nach der Ortsbeiratssitzung in der Stadtmitte an den Fahnenmasten gegenüber der Sparkasse Ecke REWE-Markt bzw. neben dem Hausener Dorfkrug demonstrativ eingeholt.

Jetzt weht hier die Fahne der islamischen Republik IRAN (Foto oben)!

Das ist die pure Provokation, wird aber bestimmt durch eine noch größere, vom "Integrationsdezernenten" gestiftete Fahne in Seidenapplikation begrüßt und unterstützt werden.

Über Hausen weht jetzt der Wind der islamischen "Befreiung".

Es ist nicht zu fassen und ich weiß bald nicht mehr, wohin ich mit meiner Wut soll.

Wir Bürger werden von unseren eigenen "Volksvertretern" entmündigt, verleugnet und in die rechte Ecke abgeschoben. Oben drauf kommt dann als Sahnehäubchen die Erniedrigung, dass in der Heimat ungestraft die deutsche Fahne eingeholt und eingemüllt wird und dann einfach mal die Fahne eines verbrecherischen und Kinder-hinrichtenden Mullah-Regimes gehisst wird.

Ich frage mich ernsthaft, wie lange das noch friedlich ausgehen soll unter der Voraussetzung, dass die deutsche

Bevölkerung nicht willenlos einpackt und irgendwo hinzieht wo man noch ein mündiger Bürger sein darf – viele haben übrigens schon eingepackt. Davon sind viele auch wunderbar wertvolle Nachbarn aus anderen europäischen Ländern, die hier Jahrzehnte gewohnt und gelebt haben, die durch absolut unzugängliche Parallelgesellschafts-Nachbarn in Leinentüchern ersetzt wurden, die mir jeden Tag aufs neue und mit zunehmender Tendenz ihren politisch-religiösen Wahnsinn laut ins Gesicht schreien.

*(Gastbeitrag von Hausener Bub)*

---



## „Zwangsheirat nicht an Islam gebunden“

☒ Zum Thema „[Zwangsheirat in Deutschland](#)“ hat das Bundesministerium für Familie usw. eine Broschüre herausgegeben, an der auch die Soziologin und Islamkritikerin Necla Kelek mitgearbeitet hat. Aber auch eine an sich lobenswerte Arbeit kann man mit wenigen Worten politisch korrekt zurecht biegen und damit komplett entwerten.

Dr. Heiner Bielefeld, Direktor des Deutschen Instituts für Menschenrechte in Berlin. [demonstriert anschaulich](#), wie das geht.

*Necla Kelek kritisiert einen Sammelband, den dem sie selbst*

*mitgewirkt hat, das im Auftrag der Bundesregierung erarbeitete Buch „Zwangsverheiratung in Deutschland“ (Deutsches Institut für Menschenrechte, Nomos Verlag, hier als pdf zum Herunterladen). Es wurde vom Herausgeber Heiner Bielefeldt mit den Worten präsentiert: „Diese Form von Gewalt (Zwangsverheiratung) ist nicht – wie oft behauptet wird – vom Wesen her an den Islam gebunden und auch nicht ausschließlich ein Problem der Bevölkerung mit türkischem Migrationshintergrund.“ Seltamerweise aber, so Kelek, wird in den betreffenden Beiträgen gar nicht nach dem religiösen Hintergrund der Befragten gefragt. Kelek: „Wenn aber gar nicht danach gefragt wurde, aus welcher Glaubenskultur die Frauen kommen, wie kann dann behauptet werden, der Islam habe damit nichts zu tun?“*

Wenn man politisch korrekt infiltriert ist, Frau Kelek, dann kann man sogar sagen „Islam ist Frieden“.

*(Spürnase: Koltschak)*



**Europa: Blaues Wunder mit der „Blue Card“**



SVP-Nationalrat [Ulrich Schlürer](#) gibt ein eigenes vierzehntäglich erscheinendes Magazin [Schweizerzeit](#) heraus. Wir veröffentlichen im Folgenden einen Beitrag aus der neusten Ausgabe von Reinhard Wegelin, dem Redakteur der *Schweizerzeit*, über die Schleusenöffnungen innerhalb der Europäischen Union und ihre möglichen Folgen.

Um „wettbewerbsfähig“ zu bleiben, plant die Europäische Union ein gigantisches Projekt. Sie will in den nächsten zwanzig Jahren rund zwanzig Millionen Menschen aus Asien und Afrika zu einer permanenten Aufenthaltsbewilligung in der EU verhelfen. Die Staaten, aus denen die „neuen europäischen Mitbürger“ angeworben werden sollen (z.B. das afrikanische Mali), sind fast ausschließlich islamische Staaten.

Nach dem Vorbild der amerikanischen „[Green Card](#)“ will die EU eine so genannte für neue „Mitbürger“ aus Staaten der Dritten Welt im Schnellverfahren einführen. Nach fünf Jahren Aufenthaltsdauer in einem EU-Land sollen die Angeworbenen automatisch die permanente Aufenthaltsgenehmigung für die EU bekommen.

Laut einem Bericht der „Financial Times“ vom 12. September 2007 fordert EU-Justizkommissar Franco Frattini, dass die gesamte EU ihre „Abschottungsstrategie“ ändere und Millionen dringend gesuchter Arbeitskräfte aus aller Welt leichter in Europa arbeiten lasse. Er will den Ministern der EU-Staaten in Kürze einen Gesetzesvorschlag unterbreiten. Frattini weiter: „Wir dürfen Immigration nicht als Bedrohung sehen“, sagte er. Wenn Immigration gut gemanagt werde, sei sie eine Bereicherung. Sie sei ohnehin ein „Phänomen der heutigen Zeit“, sagte der EU-Kommissar in seiner Multi-Kulti-Euphorie.



## **Verwirrspiele**

Nach heftiger Kritik – insbesondere aus Deutschland – erklärte Frattini am 14. September 2007, die Maßnahmen würden „keinen Eingriff in die Souveränität der Mitgliedstaaten bezüglich des Umfangs der Einwanderung“ bedeuten. Das ist in der Geschichte der EU-Institutionen eine bekannte Strategie, mit aus der Luft gegriffenen, schwer überprüfbaren Behauptungen, aufkommende Kritiker zu besänftigen. An der Tatsache einer massiv stärkeren Einwanderung aus nicht-europäischen, zumeist muslimischen Ländern dürfte sich jedoch nichts ändern.

## **Wirtschaftliche Begründungen**

Frattini, der Mitglied der konservativen Partei „[Forza Italia](#)“ ist, begründet sein Ansinnen im übrigen mit der Tatsache, dass die USA Talente anziehen würden, Europa hingegen nicht. 85 Prozent der ungelernten Arbeitskräfte aus Drittländern kämen in die EU, während 55 Prozent der Fachkräfte in die USA auswanderten. Frattini hob hervor, dass die Europäische Union wegen der Alterung und Schrumpfung ihrer Bevölkerung Einwanderung in den nächsten Jahrzehnten dringend benötige. In Ländern wie Deutschland werde der arbeitsfähige Teil der Bevölkerung schon kleiner, in einigen Branchen herrsche bereits heute ein Mangel an gut ausgebildeten Arbeitskräften.

## **Demographie**

In der EU ist der Arbeitsmarktzugang für Bürger aus Drittstaaten bisher nicht einheitlich geregelt. Frattini bekräftigte, dass weiterhin die Mitgliedstaaten über das Mass der Zuwanderung auf ihre jeweiligen Arbeitsmärkte entscheiden sollen. Vor allem Deutschland hat sich unter Verweis auf die hohe Arbeitslosigkeit in den vergangenen Jahren immer wieder gegen eine EU-Regelung zur Öffnung der Arbeitsmärkte gewehrt.

In den kommenden Jahrzehnten werde die EU-Bevölkerung von jetzt 490 Millionen Menschen zu sinken beginnen. Im Jahr 2050 werde jeder dritte EU-Europäer älter als 65 Jahre sein, sagte

Frattini.

### **„Sie werden in jedem Fall kommen“**

Erstmals will die EU afrikanischen Einwanderern mittels so genannten Job-Zentren in Anwerbe-Regionen legale Arbeitsmöglichkeiten in der Europäischen Union verschaffen und damit – wie sie sagt – die illegale Migration durch Schlepper und Todesfahrten besser bekämpfen. Die EU-Kommission, Frankreich und Spanien haben sich mit dem westafrikanischen Staat Mali auf eine Vereinbarung über ein Pilotprojekt bereits geeinigt. Der Bau eines Informationszentrums für zehn Millionen Franken ist in Planung. Erstmals verfolge die EU damit einen anderen und „humanen Ansatz“ im Kampf gegen die massenhafte illegale Zuwanderung aus Westafrika, sagte EU-Kommissionssprecher Amadeu Altafaj-Tardio. Mali sei ein besonders wichtiges Ursprungsland illegaler Migration, 27 Prozent der malischen Bevölkerung lebten schon heute im Ausland. Ziel der Initiative sei letztlich der Aufbau eines Netzwerkes gegen die illegale Migration. Weitere Projekte könnten z.B. im Senegal folgen. Mehr als neunzig Prozent der Einwohner Malis sind Muslime.

Auf Fragen, ob diese Absichten nicht im Widerspruch zu den Arbeitsbeschränkungen für die neuen osteuropäischen EU-Staaten in vielen Ländern der Union stünden, erklärte der Sprecher, die EU müsse die Realitäten der massiven Zuwanderung aus Afrika zur Kenntnis nehmen. „Es gibt Leute, die bereit sind, dafür ihr Leben zu riskieren“, sagte Altafaj-Tardio. „Sie werden in jedem Fall kommen.“ Die EU müsse mittel- und langfristig über Alternativen nachdenken. Diese Aussage dokumentiert, dass die EU vor der illegalen Einwanderung längst kapituliert, ja diese Einwanderung mit allerlei Massnahmen und Amnestien gar noch beschleunigt hat.

Bayerns Innenminister Günter Beckstein bezeichnete die Pläne Brüssels als unbrauchbar. Diese Reform des europäischen Einwanderungsgesetze könnte zu einem deutlichen Anstieg der

ausländischen Bevölkerungsanteils führen. Laut „Financial Times“ könnte er sich bis zum Jahr 2030 mehr als verdoppeln.

Nicht diskutiert wird in der EU offensichtlich, dass die Massenzuwanderung aus der islamischen Welt ein potentiell Sicherheitsrisiko darstellt. Denn niemand kann genau sagen, wie viele der in den EU-Staaten lebenden muslimischen Zuwanderer ein nach aussen hin angepasstes Leben führen, im Geheimen aber auf die Zerstörung der ihnen verhassten christlich-abendländischen Kultur hinarbeiteten. Europa darf auf keinen Fall dulden, dass die Zuwanderung zu einem Vehikel für den Import islamischer Fundamentalisten und Terroristen wird.

Zu fragen ist auch, ob in Zeiten der höchsten terroristischen Bedrohungen weitere Muslime nach Westeuropa kommen sollen. Die nun von der EU geplanten Anwerbestationen vor allem in muslimischen Ländern zeigen, dass die EU Gefahr läuft, so genannte „Schläfer“ einwandern zu lassen.

### **„Regelmässige“ Einwanderung**

Bereits 2005 hatte Frattini ein Grünbuch „über ein EU-Konzept zur Verwaltung der Wirtschaftsmigration“ vorgestellt. Der Bedarf des EU-Arbeitsmarkts könne nur „durch eine kontinuierliche Einwanderung“ gedeckt werden. Eine regelmässige Einwanderung sei auch zur Sicherung des Wohlstands in Europa vonnöten. Weiter hiess es dort: „Eine Intensivierung der Politik zur Anwerbung von Wirtschaftsmigranten und zur Erleichterung ihrer Aufnahme verlangt, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten sehr aufmerksam beobachten, ob starke Abwanderungsströme negative Folgen für das Herkunftsland haben.“ Interessant ist, dass die umgekehrte Frage, nämlich ob starke Zuwanderungsströme negative Folgen für die EU haben könnten, von der EU-Kommission einfach ausgeklammert wird.

Zu fragen bleibt: Wird die Schweiz auch von Einwanderern

überschwemmt, welche die EU in Afrika und Asien rekrutiert? Gelten die mit der EU ausgehandelten Bestimmungen bei der Personenfreizügigkeit auch für solche Einwanderer mit „[Blue Card](#)“, welche nach fünf Jahren ein Bleiberecht erhalten sollen? Und hat man sich die Frage auch schon einmal überlegt, ob die Gleichung „mehr Einwanderer gleich mehr Arbeitslose“ vielleicht doch stimmen könnte?

Europa dürfte mit der Einführung der „Blue Card“ noch sein blaues Wunder erleben.

Quelle: <http://www.schweizerzeit.ch>

Kontakt: [info@schweizerzeit.ch](mailto:info@schweizerzeit.ch)

(Spürnase: Martin aus Zürich)